

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

119 (4.5.1920) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
abgesetzt monatlich 4,80 M.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4,20 M.
u. s. w. a. r. s. durch unsere
Agenturen bezogen 4,80 M.
monatlich, am Postkassen
abgeholt monatlich 4,40 M.
vierteljährlich 13,20 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4,75 M. vierteljährlich 14,25 M.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 1. Spalte, Nonpareilgröße
oder deren Raum a) lokal
1,40 M., b) auswärts 1,60 M.,
Kleinanzeigen 5.— M., an
erster Stelle 5,50 M.,
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen spätestens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanruf:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 894

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Hermann v. Sager. Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Karl Jobo und Hermann Weid; für die Anzeigen: I. W. Heintz. Druck und Verlag: G. H. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Brechtstraße 65/66. Teleph.-Amt für die Anzeigen: 1. W. Heintz. Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 119.

Dienstag, den 4. Mai 1920

Erstes Blatt.

Die Deutschen in Großrumänien.

Von Professor Dr. Benno Jzendörfer.

Als sich die Siebenbürger Sachsen beim Zusammenbruch im Herbst 1918 unter Führung des damaligen ungarischen Abgeordneten Brandtsch Rumänien erklärten, geschah dies aus der Erwägung, daß es ihren nationalen Belangen besser entspräche, sich an das Rumänentum offen anzuschließen, als das im Grunde den Sachsen niemals ehrlieh wohlwollend gesinnte Magyarentum zu unterstützen, um so mehr, als die Vereinigung Siebenbürgens mit dem neuen Großrumänien unter keinen Umständen hinstanzhalten war und die Stellung der Deutschen dort von vornherein gefährdet gewesen wäre, wenn es sich nicht mit den neuen Machthabern auf guten Fuß zu stellen verstanden hätte. Entscheidend für die Haltung der Sachsen war aber auch, daß die Forderung des siebenbürgischen Rumänentums in Karlsruhe ausdrücklich erklärte, alle nicht-rumänischen Völker sollten volle nationale Gleichberechtigung genießen. Diese sog. Karlsruher Beschlüsse bildeten dann die eigentliche Grundlage für den freudigen Anschluß nicht nur der Sachsen, sondern auch der Banater Schwaben an den rumänischen Staat. Zunächst schien in der Tat der Anschluß, den man gemacht hatte, durchaus befriedigend zu sein und man erfreute sich, verglichen namentlich mit der drückenden magyarischen Herrschaft, weitgehender völliger Freiheiten. Das Schulwesen wurde den tatsächlichen Bedürfnissen und dem zahlenmäßigen Verhältnis der Deutschen entsprechend umgestaltet und im Banat erhielten die Deutschen endlich, was sie vergeblich seit Jahrzehnten ersehnt hatten, nicht nur deutsche Volks-, sondern auch eine Anzahl deutscher Mittelschulen. Mit dem jüngsten Wechsel in der Regierung Rumäniens, bei dem der General Averescu an die Spitze des Kabinetts trat, machte sich nun aber plötzlich ein wenig erfreulicher Umwälzung geltend.

Wie wenig geneigt die neue Regierung ist, die Karlsruher Beschlüsse zu achten, spiegelt sich in der deutschen Presse der ehemals ungarischen Gebiete sehr deutlich wider. So finden wir im „Banater Tagblatt“, das in Temeswar erscheint, einen Aufsatz aus der Feder des von seinen Landsleuten in den rumänischen Senat entsandten Herrn Karl von Möller, in dem dieser die ersten Beschwörungen gegen das von Averescu aus beliebte Vorgehen erhebt. Nach den hier gegebenen Schilderungen untersteht es sich in vielen Punkten kaum noch von dem seinerzeit von der ungarischen Regierung des Grafen Stefan Tisza und seiner Vorgänger betriebenen. Möller beruft sich ausdrücklich auf die Karlsruher Beschlüsse und gibt eine Auslegung dieser grundlegenden Bestimmungen, die ihrem Wortlaut und ihrem Geiste genau entspricht. Er verweist sodann darauf, daß Rumänien mit ausdrücklicher Betonung seines demokratischen Systems die volle Gleichberechtigung aller Einwohner des Reichs auf dem Gebiete der Verwaltung und der Schule anerkannt hat. Dem stellt Möller nun die derzeitige Regierungspraxis gegenüber, die Gesetze und Eingaben in nicht-rumänischer Sprache zwar entgegennimmt, aber als minderwertig behandelt, die ihre sämtlichen Kundmachungen in rumänischer Sprache erläßt, auch in Gemeinden, die gänzlich deutsch sind. Mit Recht sagt Möller, diese Kundmachungen können ebensogut in deutscher Sprache erscheinen. Auch die Mißachtung der deutschen Ortsnamen, die grundsätzlich in rumänischer Uebersetzung, besser in rumänischen Ortsnamen erscheinen, wird mit großer Schärfe gerügt. Sie erinnert nur allzu sehr an das verächtliche ungarische Ortsnamengebiet, das so viel Unheil gestiftet hat. Möller erklärt denn auch, daß dieses Vorgehen in schreiendem Widerspruch steht zu jeder wahrhaft demokratischen Auffassung und daß es die soziale Freiheit der deutschen Bevölkerung auf das Größlichste verleihe.

Auch die in Hermannstadt erscheinende „Deutsche Tagespost“ bringt einen im gleichen Sinne gehaltenen Aufsatz unter der Ueberschrift „Erster Konflikt der Siebenbürger mit der Regierung“. In derselben Nummer erscheint auch eine Meldung über den Empfang des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei in Großrumänien, Rudolf Brandtsch, durch den König in Bukarest, bei welcher Gelegenheit dieser die Beschwerden der Deutschen vorbrachte. Die nichtstimmigen Vorlesen, die der Herrscher darauf zur Antwort gab, werden allerdings kaum eine sichere Grundlage für die günstigere Gestaltung der Dinge abgeben können.

Wie man sieht, haben sich die hochgespannten Erwartungen, mit denen sich seinerzeit die Deutschen in den an Rumänien gefallenen Landes-teilen Ungarns an ihren neuen Staat angeschlossen haben, bisher keineswegs recht erfüllt. Es scheint vielmehr, als ob wieder einmal deutsche Vertrauensseligkeit schwer getäuscht werden soll. Aber Rumänien wird die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, und es ist nur schwer begreiflich, wie ein Volk, das so lange in Ungarn über Rechtsberatung und Unterdrückung zu klagen gehabt und dort stets die Rolle der Freudenta gespielt hat, nun genau in dieselben Fehler verfallen kann, die zum Untergang des alten Stansreiches geführt haben. Alles wird nun darauf ankommen, ob die Million Deutscher in Großrumänien die nötige Nachsicht bewahren wird,

um sich ihr gutes Recht zu erkämpfen. Die Erkenntnis, daß man mit Rumänien nur einen neuen nationalen Unterdrücker eingetauscht hat, dürfte doch wohl dazu führen, daß sich die inneren

Verhältnisse dort ähnlich gestalten, wie seinerzeit in Ungarn. Was dies bedeutet, sollte aber niemandem besser wissen als das rumänische Volk.

Spaltungen.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Genau fünf Wochen vor den Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik, der die Verfassunggebende Nationalversammlung abzulösen hat, herrscht innerhalb und zwischen den Parteien eine Zerfahrenheit und Zweideutigkeit, wie sie in dem deutschen politischen Leben wohl kaum dagewesen ist. Sezessionen und Spaltungen sind überall an der Tagesordnung, von der äußersten Rechten, wo unter Führung des Herrn von Kardorf eine Anzahl namhafter Parlamentarier aus der Deutsch-Nationalen Partei zu der Deutschen Volkspartei hinübergewechselt sind, um gegen die ultraradikalen Bestrebungen und Griffe zu protestieren, bis zu der kommunistischen Seite ganz links, deren Radikalismus immer noch einen Uebermaß an sich selbst zu fühlen scheint.

Viel bedeutungsvoller sind die Spaltungs-vorgänge aber in den beiden Mittel- und Koalitions-parteien, dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei. In dem Zentrum liegen sie bekanntlich schon länger Zeit zurück und hatten zuerst in Bayern und im Rheinlande partikularistischen Charakter. Allmählich scheint dieser aber, besonders unter dem Eindruck der französischen Gewaltpolitik, insofern zurückgetreten zu sein, als man auch in der Bayerischen Volkspartei Dr. Heims die Notwendigkeit des Reichszusammenhalts wieder stärker betont und sich nur scharf gegen die zentralistische Berliner Regierung wendet. Mit dieser Abneigung gegen Berlin verbindet sich aber, und zwar nicht nur in Bayern und am Rhein, sondern zum Beispiel auch in Westfalen eine wachsende Verdrossenheit über die Regierungs- und deren vielfach zu einseitig orientierte Politik. Das faktische Uebergewicht der Sozialdemokratie, die dazu aus Furcht vor der unabhängigen Massenagitation immer radikaler geworden ist, hat eben in den großen bürgerlichen und agrarischen Teilen der Zentrumspartei eine sehr begriffliche Reaktion hervorgerufen, die sich nun auch gegen den eigenen linken Flügel richtet, der nach der Revolution die Führung an sich gerissen hatte.

Bei alledem darf jedoch als sicher gelten, daß die Risse in der Zentrumspartei sich von innen heraus wieder schließen werden und daß, selbst wenn zu der Bayerischen Volkspartei eine Rheinische Volkspartei tritt, in den meisten Fragen das Verhältnis zum alten Zentrum nach der Lösung: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ gestaltet werden wird. Das Zentrum wird zwar wirtschaftspolitisch einige Schritte nach rechts gehen, aber zunächst der Koalition, welche die alleinige Gewähr für die ruhige Entwicklung bietet, treu bleiben und die Vertreibung der besonders agrarischen und Unternehmerinteressen vorübergehend den Sezessionisten im Süden und Westen überlassen.

Sehr viel tiefergehender und folgeschwerer müßte eine Spaltung der bürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei sein, weshalb wir die jüngst gemeldeten Austritte von Demokraten, auch wenn es sich meist um keine besonderen politischen Persönlichkeiten handelt, nicht auf die leichte Schulter nehmen wollen. Mangelnde Enttäuschungen, die durch die wachsende Wirtschaftsnote in vielen Kreisen des Mittelstandes sehr schmerzhaft geworden sind, lassen vielfach Bedenken zurücktreten, die dem Anschluß an andere Parteien sonst wohl gegenüberstünden. Und die Besorgnis vor einer drohenden Uebermacht des sozialistischen Radikalismus beeinflusst leider sogar das klare politische Denken, sonst könnte z. B. Herr Diemer unmöglich den politischen Abwehrstreik gegen den gefährlichen Rapp-Putsch mit dem oft so verhängnisvollen Macht- und Lohnstreik in eine Linie setzen.

Bayerische Volkspartei.

(Drahtbericht unseres Münchener Korresp.)

fr. München, 3. Mai. Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei in München beschäftigte sich vor allem mit der Frage der Wiedervereinigung der Bayerischen Volkspartei mit dem Reichszentrum. Es kam eine Art Kompromiß zustande, das einen engeren Zusammenschluß mit anderen Fraktionen des Reichs- oder Landtags und auch eine dauernde Verschmelzung mit Fraktionen anderer Parteien zuläßt. Für einen engeren Zusammenschluß mit anderen Fraktionen bedarf, sowohl die Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtag wie im Reichstag der Genehmigung des Landesauschusses. Bei einer dauernden Verschmelzung mit Fraktionen anderer Parteien, besonders bei Aenderung des Namens ist die Genehmigung der Landesversammlung notwendig; freie Hand hat dagegen die Fraktion bei Beteiligung an Koalitionen. Die politische Aussprache ergab ferner, daß die Bayerische Volkspartei seit zum Reich hält und keinerlei separatistische Gedanken ernsthaft verfolgen wird.

Es sei auch bemerkt, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, den Beratungen beiwohnte und sich wiederholt an der Aussprache beteiligte. Er sprach über wirtschaftspolitische Fragen und suchte dabei den Bestimmungen entgegenzutreten, indem er ausführte, daß die Lage Deutschlands zwar außerordentlich schwer sei, aber zu Verzweiflung keinen Grund biete.

Ein Mahnruf zur inneren Einkehr.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korresp.)

fr. München, 3. Mai. Die Raifeter in München ist ohne Zwischenfall verlaufen. In der Hauptfeier der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten an den Gräbern der Mai-Gefallenen im Friedhof hielt der Führer der Unabhängigen Hans Ludwig Held eine Ansprache, die als große Ueberschwengung wirkte. Er mahnte zur inneren Einkehr und zur Versöhnung. „Wir wollen“, so führte er aus, „nicht mehr den rohen Kampf äußerer Mittel, wir wollen nicht mehr auf die Barrikaden, wir wollen nicht die, die gestern die Herren waren, zu Sklaven machen; das Gend, in dem wir sind, wird nicht gemildert, wenn der Knecht zum Herr wird und der Herr zum Knecht. Unser Gend endet nicht, wenn der Arme reich und der Reiche arm wird. Wir glauben nicht, daß der Klassenkampf der Sinn des Lebens ist. Wir wollen bereit sein, auch aus unseren Feinden das Gute herauszufinden. Wir wollen nicht warten auf die Liebe dieser Anderen, sondern wir wollen ihnen in Liebe entgegenkommen.“ Held ist einer der Idealisten der Unabhängigen.

Aufhebung des Belagerungszustandes im Mainzer Brückentopfgebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. Die Agence Havas berichtet aus Mainz: Auf Veranlassung des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee hat die alliierte Rheinlandskommission beschlossen, mit Rücksicht auf die ruhige Haltung der Bevölkerung den Belagerungszustand im ganzen Gebiet des Mainzer Brückentopfes mit dem 2. Mai anzuführen.

Englische Bankiers.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. Nach englischen Blättern begibt sich eine Abordnung englischer Bankiers nach Deutschland, um sich über die Geschäftslage zu unterrichten. Die englischen Bankiers würden auch den Plan der Ausgabe internationaler Bonds unter dem Schutze des Völkerbundes prüfen, durch die man den Kredit in Europa wieder heben will. Man spricht von einem Betrage von vier Milliarden Pfund.

Deutschfreundliche Stimmung in Japan.

(Eigener Drahtbericht.)

fr. Berlin, 3. Mai. Ein Mitglied der japanischen Gesandtschaft in Berlin erklärte, daß die Stimmung in Japan Deutschland gegenüber sehr gut sei. Japan wolle wieder die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland anknüpfen.

Der Achtstundentag in Amerika undurchführbar.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Mai. Die amerikanische Regierung hat im Parlament die in den sozialistischen Blättern veröffentlichten Berichte bestätigt, daß sie es für undurchführbar halte, den Achtstundentag in Amerika einzuführen.

Rußland und Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Mai. Englischen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landleute und die roten Soldaten gerichtet, worin es heißt: Sowjetrußland, das Denikin, Koltshak und Fudennitsch besiegt hat, ist inlande, mit Feuer und Stahl den polnischen „Pans“ und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Wir wollen den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß kein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Welt widerhallen soll.

Kiew von den Polen genommen?

(Eigener Drahtbericht.)

fr. Wien, 3. Mai. Die polnischen Truppen sollen Kiew genommen haben.

Amsterdam, 3. Mai. Die Reuter aus Warschau meldet, haben die Polen bei ihrem Sieg über das bolschewistische Heer 15 000 Gefangene gemacht.

Im Mittellandkanal.

Von A. Barteld in Hannover.

Die Wasserstraßenbeiräte haben sich kürzlich mit der Denkschrift des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Vervollendung des Mittellandkanals auf der Strecke von Misburg (Hannover) bis zur Elbe bzw. bis zum Jhle-Kanal (Anschluß nach Berlin und weiter) zu befassen. Ueber die Notwendigkeit des Ausbaues des Wasserstraßennetzes bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr; auch die Konservativen, die noch 1899 die Kanalvorlage abgelehnt haben, sind durch die Erfahrungen des Krieges eines besseren belehrt worden. Der Kampf dreht sich jetzt nur noch um die Vortragsführung.

Da die Kanalstrecke von Misburg bis Peine sich bereits als Notstandsarbeit im Bau befindet, wird der Plan einer Nordlinie kaum noch ernstlich in Frage kommen, die Staatsregierung hat ihn daher auch nicht mehr berücksichtigt. Der Streit geht also um die Mittel- und Südlinie. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat sich auf keine Linie festgelegt, es hält beide für durchaus hamwirdig und will, bevor es seine Entscheidung fällt, die Ansicht des Landes-Wasserstraßenbeirates darüber hören, welche Linie im allgemeinen Interesse den Vortzug verdient. Die ganze Denkschrift läßt aber die starke Sympathie des Verfassers für die Südlinie hervortreten.

Die Anhänger der beiden Richtungen führen den Kampf unter Aufwendung erheblicher Mittel in Wort, Schrift und bildlicher Darstellung, wobei vielleicht oft lokale Interessen doch eine gewisse Rolle spielen. Sie müssen natürlich bei der Entscheidung der Staatsregierung und der Landesversammlung ausbleiben, hier handelt es sich lediglich darum: Welche Linie ist aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen vorzuziehen? Diese Frage ist bei dem vorliegenden, unter den verschiedensten Gesichtswinkeln zusammengetragenen umfangreichen Material nicht leicht zu beantworten und eine Klärung selbst durch ein noch so umfangreiches Denkschriften- und Druckmaterial erscheint mir kaum möglich. Da aber nach allen Richtungen Klarheit geschaffen werden sollte, soweit das überhaupt angängig ist, dürfte der Vorschlag von Dr. Paul Michaelis zur Erörterung aller in Frage kommenden Probleme zunächst eine Art Wasserwirtschaftliches Parlament zu berufen nicht von der Hand zu weisen sein.

Aufgabe meiner Ausführungen soll und kann es nicht sein, die Streitfrage zu lösen, sie sollen vielmehr lediglich einige Betrachtungen unter Ausschaltung aller technischen Fragen enthalten.

Die Mittellinie führt von Peine nördlich von Braunschweig vorbei, das durch einen kurzen Stichkanal angeschlossen wird, den man als Hafentanal bezeichnen könnte, aber Fallersleben, Debsitzelde, Calvörde, zum Jhle-Kanal. Die Elbe wird nördlich von Magdeburg durch eine Kanalbrücke überschritten, Magdeburg selbst durch einen Hafentanal angeschlossen.

Die Südlinie geht von Peine über Braunschweig, Wolfenbüttel, Hürst, durch das Osseburger Bruch weiter über Westerglen bei Westerbühren zur Elbe.

Bei beiden Linien ist ein Stichkanal durch das Staßfurter Industriegebiet nach Verburg möglich, wo der Anschluß über die Saale nach Halle usw. oder durch einen Kanal nach Halle, Leipzig und weiter geschaffen werden kann. Die Anhänger der Mittellinie betonen besonders, daß sie den Stichkanal nach Verburg als einen integrierenden Teil ihres Projektes ansehen.

Zugunsten der Mittellinie sprechen, was in der Denkschrift (S. 17) für die aufgebundene Nordlinie gesagt wird: „Die Länge, die niedrige Scheitelhaltung, die geringe Zahl von Schleusen, die gute Kreuzung der Elbe auf hochgelegener Brücke und die damit gegebene glatte Abwidlung des durchgehenden Verkehrs“. Bei der Mittellinie sind von Misburg bis zum Jhle-Kanal drei, von Misburg bis Halle (alles Kanalweg) vier Schleusen vorgesehen. Bei der Südlinie bis zum Jhle-Kanal neun, bis Halle elf. Jede Schleufe bedeutet natürlich ein unerwünschtes Verkehrsbehinderung und birgt die Gefahr der Verkehrsstockungen in sich. Für die Ueberwindung einer Schleufe rechnet Sympha einen Leistungsverlust von 3,5 Betriebskilometer.

Die Entfernungen betragen nach der Zeitschrift „Der Mittellandkanal“, Heft 2: von Hannover (Misburg) bis, Mittellinie, Berlin 278 Streckenkilometer, 287 Betr.-Kilometer, Halle 241 Streckenkilometer, 255 Betr.-Kilometer; Südlinie, Berlin 300 Streckenkilometer, 332 Betr.-Kilometer, Halle 223 Streckenkilometer, 232 Betr.-Kilometer.

Die Südlinie-Deutschriften sehen eine Kanalisierung der Saale vor. Ein Kanalisierungsweg im Anschluß an den Stichkanal von Verburg über Halle nach Leipzig würde auch hier ein günstigeres Bild ergeben.

Für die Mittellinie spricht vor allen Dingen, daß sie den kürzesten, mit den wenigsten Hindernissen ausgestatteten Wasserweg für die Massengüter — Kohle, Eisen usw. — zwischen dem industriereichen Westen und Magdeburg, Berlin und dem Osten, sowie für Rückgüter: Getreide, Kartoffeln, Holz u. dgl. darstellt.

Für die Südlinie dagegen wird angeführt, sie erschließe ein industriereicheres und für die Industrie anschlussfähigeres Gebiet und sie ge-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

wäre eine ausgiebigere Rückkraft. Gerade die Frage der Rückkraft ist natürlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung; je besser die Kanalschiffe auf der Rückreise befrachtet werden, um so billiger ist der Verkehr.

In der Binnenschifffahrt wird aber auch immer mehr erkannt, daß Zeit Geld ist. Auch die schnellere Ueberwindung der Entfernungen verbilligt den Verkehr; jeder unnötige Aufenthalt und jede Verzögerung verteuert ihn. Es muß daher auf eine möglichst kurze Liegezeit der Schiffe, auf eine schnelle Ent- und Beladung Wert gelegt werden. Sie wird am besten in großen, mit allen modernen Mitteln der Technik ausgestatteten Häfen zu erreichen sein, wie wir sie nur in Braunschweig und Magdeburg haben können, die beide auch an der Mittellinie liegen.

Betrachten wir das Kartenbild genauer, so finden wir, daß auch unmittelbar an der geplanten Südlinie keine bemerkenswerten Industrie vorhanden ist. Die Staßfurter Gegend und das rückliegende Gebiet von Provinz und Freistaat Sachsen können bei der Betrachtung ausgeglichen werden, da der Zweigkanal nach Staßfurt—Vernburg bei beiden Linien vorgesehen ist und die Verbindung nach dem Westen sowohl über die Südlinie als auch über die Mittellinie gewahrt bleibt, wenn der letzte Weg auch einige Kilometer länger ist. Bemerkenswert wäre aber hierbei, daß der Kalibedarf des Westens reichlich von der hannoverschen Kalkindustrie gedeckt werden kann und wird, so daß Staßfurter Kalkfalsche als Rückkraft nach dem Westen kaum in Frage kommen dürften. Das Absatzgebiet für Staßfurt bleibt der Osten und sein Anfahrhafen Hamburg.

Die reichere Industrie im Elm- und im Lappwald in der Helmstedter Gegend hat gleich gute Eisenbahnverbindungen nach der Süd- und Mittellinie. Sie kann daher als neutral angesprochen werden.

Es bleibt nur noch der Harz. Seine Industrie liegt im Gebirge, in das keine Stichkanäle gebaut werden können. Die Güter von oder nach dem Kanal müssen also in jedem Falle auf die Eisenbahn gebracht werden. Die nächstgelegenen, in Frage kommenden Verladestellen an der Südlinie sind für den Nordwestharz: Salzgitter, Goslar, Harzburg-Wolfenbüttel, Borsum und vielleicht Hornberg.

Hier können aber nur kleinere Häfen mit unvollkommenen technischen Einrichtungen errichtet werden. Da eine Verladung auf die Eisenbahn nicht zu umgehen ist, wird ohne Voreingemessenheit zu prüfen sein, ob die schnelle Ent- und Entladung in einem großen, modern ausgestatteten Hafen in Braunschweig nicht die etwas längere Beförderung der einmal rollenden Güter auf der kurzen Strecke bis Braunschweig wert macht. Ist diese Frage zu bejahen, so fällt ein wesentlicher Grund für die Südlinie fort.

Ohne weiteres kann zugesehen werden, daß für die Halberstädter Gegend die Südlinie günstiger ist. Bei der zu fällenden Entscheidung dürfen aber, wie schon gesagt, nicht lokale Rücksichten den Ausschlag geben. Entscheidend darf nur sein, das wirkliche Interesse des Verkehrs, der Volkswirtschaft. Ihm gegenüber müssen, so schmerzhaft das oft sein mag, örtliche Wünsche zurücktreten.

Der 1. Mai.

In Oesterreich.

Wien, 3. Mai. Den Montagabläutern zufolge wurde in den am 1. Mai abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen eine gleichlautende Resolution angenommen, worin Beschlüssen an den Erzeugern der Revolution gegenüber den Vorstößen der Reaktion, sowie Befreiung der Vermögensabgabe und der Friede mit Sowjet-Rußland gefordert wird.

Der 1. Mai in Ungarn.

Budapest, 3. Mai. (Wolff.) Der 1. Mai ist in Budapest wie in ganz Ungarn in Ruhe und Ordnung verlaufen.

Münchener Brief.

Von Richard Nieß.

München, Ende April 1920. Die Umbildung der bayerischen Regierung nach den Kapp-Tagen brachte an die bisher von Sozialdemokraten besetzte oberste Stelle im Bayernlande eine rechtsstehende Persönlichkeit, Herrn v. Kahr. Sein Bestreben, sich Popularität zu verschaffen, äußerte sich in zwei Maßnahmen: einer sichtbareren: er ließ vier sogenannte „Schlemmerlokale“ schließen, unter anderem eine Kleinfestbühne, für deren Verluste durch nutzlose Gegenzahlungen jetzt wieder einmal die Allgemeinheit aufkommen muß; und eine, die sich hauptsächlich nur für die Betroffenen sichtbar macht: die Ausweisungen der sogenannten „Fremden“. Eine fremdenfeindliche Politik ist immer populär, und schon im Altertum flehten die „Fremdlinge“ zu Zeus, daß er „von ihnen die Schmach nehme“. In Zeiten der Not, in denen der Einheimische sein knappes Auskommen — und auch das nicht immer — findet, erscheint dem simplen Untertanenverstande eine scharfe Fremdenpolitik besonders notwendig und begründet. Gewiß, auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Parastaten, die gelockt durch die Schiebermöglichkeiten, die das neue Deutschland in ungehöriger Fülle bietet, gereizt von der Aussicht auf Kapitalgewinne und auf ertragreiche Auswanderung des besiegten Landes, sich bei uns eingefunden haben, entfernt werden müssen. Wir brauchen Leute der Arbeit und nicht unproduktive Zwischen- und Scheinbändler, und wenn schon gerade aus dem Osten uns Licht kommen soll, so verzichten wir doch gern auf den Herrn Isidor Licht aus Czernowitz. Empfindend aber ist die über das Ziel weit hinausgehende Art der „Ausweisungen“. Leute, vor allem auch Künstler, die viele Jahre lang in München lebten, Oesterreicher, Deutsch-Schweizer, erhalten den Befehl, innerhalb von fünf, von acht, von achtundzwanzig Tagen die Stadt (oder das Land) zu verlassen. Leute, die so lange hier sind, daß sie Wurzel faßten; daß sie „Münchener Künstler“ geworden sind. Und man wird lebhaft an die

Die Maifeier in Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 3. Mai. (Wolff.) Zwischen einer Anarchistengruppe und Polizei kam es in Turin am 1. Mai zu einem Zusammenstoß. Einige Polizisten wurden durch Bombenplitter verletzt. Die Anarchisten hatten zwei Tore und etwa 30 Verwundete. In Pola griffen Demonstranten bei der Maifeier Soldaten an. Ein Offizier und elf Demonstranten wurden getötet, die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf dreißig. Sonst ist der 1. Mai in Italien ruhig verlaufen. Der Eisenbahnverkehr usw. wickelte sich normal ab.

In den Vereinigten Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Mai. In den Vereinigten Staaten ist der 1. Mai ohne ernste Störungen verlaufen. Beamte der Bahnbahnen, Privatbetriebe und Polizisten bewachten den ganzen Tag über die öffentlichen Gebäude sowie die Wohnungen der Millionäre.

In Lima.

(Eigener Drahtbericht.)

Lima, 3. Mai. (Wolff.) Am 1. Mai kam es hier zu einem 24stündigen Generalstreik.

Auswärtige Staaten.

Millerand interimistischer Kriegsminister.

Paris, 2. Mai. Das „Journal Officiel“ gibt heute bekannt, daß Millerand einwillen das Amt des Kriegsministers übernommen hat. Der „Matin“ erklärt dazu, daß der bisherige Kriegsminister Lefèvre durch seinen schlechten Gesundheitszustand gezwungen gewesen sei, Erholung zu suchen.

Der französische Eisenbahnerausstand.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. (Wolff.) Die Lage im Eisenbahnerausstand ist unverändert. Mit Hilfe der Arbeitswilligen und Freiwilligen konnte der Verkehr bisher aufrechterhalten werden. Auf den großen Linien verkehren die Züge fahrplanmäßig. In gleicher Weise laufen die Lebensmittelzüge. Unter vielen Eisenbahnern machte sich eine Bewegung bemerkbar, aus den Gewerkschaften für Eisenbahner auszutreten und eine rein berufsmäßige Vereinigung ohne politischen Charakter ins Leben zu rufen.

Ausland in der französischen Handelsmarine.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. Die Agence Havas meldet aus Le Havre, daß gemäß den Anweisungen der Confédération générale du Travail die Eingeschriebenen der Handelsmarine gestern die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Programmatische Forderungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. Der allgemeine Arbeiterverband C.G.T. erließ eine programmatische Erklärung, in der er u. a. die internationale Verteilung der Kriegskosten und eine andere internationale Politik fordert.

Räumung Adanas durch die französischen Truppen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 3. Mai. Laut „Reit Parisien“ meldet „Daily Express“ aus Beirut, daß die französischen Truppen die Stadt Adana geräumt hätten.

Kabinettsumbildung in Dänemark.

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 3. Mai. Der der linken Partei angehörende frühere Ministerpräsident Beerregaard hat sich bereit erklärt, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Gegen das Homerule-Gesetz.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 3. Mai. (Wolff.) Die „Allgemeine Handelsbladen“ aus London meldet, haben die irischen nationalpolitischen Mitglieder des Parlamentes sich in einem Manifest gegen das von der Regierung eingebrachte Homerule-Gesetz erklärt und mitgeteilt, daß sie nicht mehr an den Debatten teilnehmen können.

Amsterdam, 3. Mai. Nach englischen Blättern wurden in Irland zwei Polizeistationen niedergebrannt. In Cork haben 24 gefangene Säufer in der Hungerstreik begonnen.

Aus den Parteien.

Die Deutsche Demokratische Partei in B.-Baden

verankert, wie uns von dort geschrieben wird, eine Reihe von Vortragsabenden, deren Thema die deutsche Steuererhebung ist und die sich jeweils eines guten Besuches zu erfreuen haben. Der Redner an den Abenden ist Herr Finanzsammler Schmitt, einer der besten Kenner unseres Finanzwesens, der seine Darlegungen stets populär zu gestalten weiß. Nachdem er am ersten Abend das Steuerwesen im allgemeinen behandelt hat, sprach er am zweiten Abend über „Die Besteuerung des Verbrauches“, während das Thema des dritten Abends „Die Besteuerung des Einkommens“ lautete. Seine klaren, besonders auch der Information dienenden und gemeinverständlichen Ausführungen nahmen reges Interesse in Anspruch, so daß er ein sehr aufmerksames Publikum hatte. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil; der Verammlungsleiter Osterhafer übermittelte ihm den Dank der Versammlung.

Badische Politik.

Der Badische Bauernverein

hat ebenso wie die anderen Bauernvereine Deutschlands ein Schreiben an die Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien gerichtet, worin er ihnen dringend nahe legt, bei der Aufstellung der Wahlvorschlagslisten für die Reichstagswahlen die Landwirtschaft beim. den landwirtschaftlichen Berufsstand in einer seiner Wählerzahl und seiner Bedeutung entsprechenden Weise zu berücksichtigen.

Wahlvorbereitung und Kraftfahrzeugverkehr.

Für die Zwecke der Wahlvorbereitung wird bis zum Beginn der bevorstehenden Reichstagswahlen die Benutzung von Kraftfahrzeugen auch an Sonn- und Feiertagen ungeschaffen. Die Fahrzeuge müssen einen Ausweis des zuständigen Bezirksamts mit sich führen, die auf Antrag der politischen Parteileitungen auszufüllen und in dem der Verkehrsbezirk und der Zweck der Fahrt zu bezeichnen ist.

Die Organisation der Domänenverwaltung.

Von den 20 Bezirksstellen der Domänenverwaltung waren 18 reine Domänenämter, während der Dienst der übrigen 7 Bezirksstellen mit Bezirksfinanzstellen (3 Hauptsteuer- und 4 Finanzämtern) verbunden war. Nachdem die Steuer- und Zollverwaltung vom 1. April ds. J. ab an das Reich übergegangen ist, fällt es notwendig, den Domänendienst von den Hauptsteuerämtern Baden-Baden, Pforzheim, St. Blasien, Tauberbischofsheim und Willingen abzutrennen und die Verwaltung der Domänen auf fünfzig Landesämter zu regeln. Das Finanzministerium hat nun den Domänenamt des Hauptsteueramts Baden dem Domänenamt Bühl, jenen des Hauptsteueramts Pforzheim dem Domänenamt Karlsruhe, jenen des Hauptsteueramts St. Blasien dem Domänenamt Konstanz, den Domänenämtern St. Blasien und Rechnungsamt des Finanzamts St. Blasien dem Domänenamt Tengen, den Domänenämtern und Rechnungsamt des Finanzamts Tauberbischofsheim dem Domänenamt Heilbronn, sowie den Domänenämtern und

Rechnungsamt des Finanzamts Willingen dem Sanktamt Durrheim zugewiesen. Die örtliche Verwaltung des von den Finanzämtern St. Blasien, Tauberbischofsheim und Willingen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Besitzes wird durch das Finanzministerium geregelt.

Zur Kultivierung des großen Donaurieds

auf den Bemerkungen Hüfingen, Pforzheim und Altmundshofen ist eine Wassergenossenschaft gegründet worden, zu deren Beitritt sämtliche Grundbesitzer verpflichtet sind, deren Gebiet in der zur Kultivierung in Aussicht genommenen Grundfläche liegt.

Eröffnung des Haltepunkts Uffingen.

Am 1. Juni 1920 wird der zwischen Gubitzheim und Borsberg-Bödingen gelegene Haltepunkt Uffingen für den Personen-, Gepäck-, Express-, Milch-, Kleinpost- und Telegrammverkehr eröffnet.

Die Verpflegung von Kranken in den Landesbädern.

Das Ministerium des Innern hat vom 1. Mai d. J. an die Kosten für Verpflegung von Kranken im Landesbad zu Baden und dem Landesbad zu Durrheim, die zuletzt vom 1. Oktober 1919 erhöht worden sind, abermals hinaufgesetzt. Sie betragen vom 1. Mai d. J. an für Personen, die von badischen Armenverbänden oder Stiftungen unterstützt werden, für Staatsbeamte, Beamte der Kirchen- und Religionsgesellschaften, für Kreis-, Gemeinde- und Stiftungsbeamte, für die ihre Anstellungsbefugnisse die Verpflegungskosten übernehmen, ferner für auf Kosten von Krankenkassen und dergleichen verpflegte Personen, für Heeresangehörige, Kriegsteilnehmer usw. bei Benutzung gemeinsamer Säle statt 7 M. täglich 9 M. und bei Benutzung von Einzelzimmern statt 8 M. täglich 11 M. Für nicht in Baden wohnende Angehörige einer außerbadischen Krankenkasse, Berufsangehörigkeit oder Versicherungsanstalt statt 8 M. und 9 M. nun 10 M. und 12 M. für sonstige minderbemittelte Personen badischer Staatsangehörigkeit, die die Kosten selbst bezahlen, statt 7,50 M. und 8,50 M. künftig 10 M. und 12 M. und wenn letztere Personen nicht die badische Staatsangehörigkeit besitzen, statt 8 M. und 9 M. künftig 12 M. und 14 M.

Gleichzeitig hat mit einer besonderen Verordnung das Ministerium des Innern die Verordnung vom Jahr 1918 über die Aufnahme von Kranken in das Landesbad zu Baden und das Landesbad zu Durrheim einer den heutigen Auffassungen entsprechenden Durchsicht unterzogen. Die Aufnahmebedingungen sind in der Hauptsache zwar die gleichen geblieben, doch ist bestimmt worden, daß die von badischen Armenverbänden oder öffentlichen Stiftungen unterstützten Personen, sowie die auf Kosten von Krankenkassen und dergleichen Anstalten verpflegten Personen, ferner Heeresangehörige und Kriegsteilnehmer, sowie die badischen Staatsbeamten und die in Baden wohnenden Reichsbeamten, die Beamten der Kirchen, Kreise, Gemeinden usw. in erster Linie aufzunehmen sind; soweit der vorhandene Platz (sobald noch ausreicht) werden auch Selbstzahler aufgenommen.

Befreiung von der Zahlung der Unterrichtsmonatrate auf den beiden Landesuniversitäten.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Verordnung vom 8. April 1908 einer gründlichen Durchsicht unterzogen. Es ist nicht mehr von armen Inländern wie in der aufgehobenen Verordnung die Rede, die auf den beiden Landesuniversitäten studieren und bei besonderer Fähigkeit, Fleiß usw. von der Bezahlung der Unterrichtsmonatrate befreit werden können, sondern es heißt in der neuen Verordnung, daß tüchtige deutsche Studierende der Landesuniversitäten auf ihr Ansuchen von der Bezahlung der Unterrichtsmonatrate befreit werden, wenn sie bedürftig sind, und daß ihnen eine teilweise Befreiung bewilligt wird, wenn ihnen der Stand ihrer Mittel die Zahlung des vollen Betrags erschwert. Gegen die Entscheidung des Senats, der zunächst über die Befreiungsgeluche zu befinden hat, ist der Re-

Wer ist landsfremd? Die Regierung fragt nach der Geburtsurkunde oder nach dem Paß. Die Münchner „Deutsches Volk“ wollen diese Frage nach der — Rassezugehörigkeit entscheiden wissen. Sie entfalten hier eine antiepileptische Hebe, die beispiellos ist. Dabei zeigen die Blätter, die sich damit befassen, neben einem unzureichend niedrigen Niveau des Kulturgeschäfts und des menschlichen Anstandes eine oft recht komische Unkenntnis der deutschen Grammatik. Aber — sie schreiben deutsch ja mit t und nicht mit d, warum soll man sich daher darüber aufregen, daß „Lebe“ ihnen als Imperativ gilt.

„Politisch Lied — ein garstig Lied. Goethe hat recht. Aber die Politik bestimmt jetzt, energischer als je, unser Leben und unsere Zukunft. Wer aber dennoch die Ohren und Augen wehren kann, politische Dinge auszuhebeln, wer sich all dem verschließt, der wird München jetzt wieder im schönsten Schmuck seines neuen Frühjahrsandes bewundern. Einige Tage warmen Regens ließen die Bäume erwachen, und es gibt nichts Schöneres, als jetzt seinen Weg von Schwabing durch den Englischen Garten zur Stadt zu nehmen oder auf einer der Bänke zu sitzen, die, im Rymphenburger Park jetzt die Mittagssonne in Wärme bettet. Der Münchner muß sich wieder mehr mit der Schönheit seiner nächsten Umgebung und seiner Stadt selber beschäftigen. Die unerrätlichen Preissteigerungen haben die auch nur ein paar Duzend Bahnkilometer entfernt liegenden Ausflugsorte zum Monopol für Edelleute und Millionäre-Schnelzüge gemacht. Und selbst die Tramway verlangt, zumal vom Familienwagen, bei ihrem Bierzapfenrigart, eine große Ausgabe. — Dennoch sind die Ausflugsorte überfüllt, und die Dageflinger Trabrennen wiesen bei ihrem Konzert einen Massenbesuch und einen Totaljator-Umsatz auf, wie ihn München zuvor nicht gekannt hat. Da in München, nach englischem Vorbild, die Sonntagsruhe völlig durchgebrochen ist, hat jetzt jedermann Zeit, sich das Vergnügen und die Erholung anzuschauen, die ihm und seinem Geldbeutel angenehm sind. Auch die Zeitungen fallen am Sonntag aus. Da lag es denn nahe, in einem eigenen Sonntagsblatt einen Ersatz für die gewohnten Tagesblätter zu schaffen, und

so werden seit einigen Wochen allsonntäglich zwei neue Zeitungen an den Straßenecken feilgeboten: Die „Süddeutsche Presse“ des treu-republikanischen Majors Endres und die „Münchner Sonntagszeitung“, die der Fchr. v. Gemmingen, ehemaliger Leiter des Georg Müller-Verlages, herausgibt. Beide Blätter sind gut gemacht und halten sich von der Sensationshysterie rühmlich fern, die gewisse Wochenzeitungen so oft zur Schau tragen.

Jungnidel und Altnidel.)

Ich habe die beiden Artikel „Kinderseele und Parteifarren“ gelesen. Aber der Jungnidel gefällt mir entschieden besser als der Altnidel. Mit dem bestenden Spöte des Alnidels wird nichts gebessert und nicht nur Jungnidel, sondern auch mancher Leser des Tagblatts dürfte sich durch die Ausführungen des Alnidels befreit fühlen. Was tut denn unserer Zeit und Jugend am meisten Not? Idealismus! Dem Materialismus haben wir unsere heutigen Zustände zu verdanken. Der Materialismus, die Selbstsucht, die nur sich kennt und für sich sorgt, ob die Nächsten darüber zugrunde gehen oder nicht. Das kann man heute Tag für Tag, Schritt für Schritt erleben. Wäre unser Volk und unsere Jugend mehr im Sinne des Jungnidels erzogen, wir hätten ohne Zweifel bessere Zustände. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und unser Volk soll doch noch eine Zukunft haben. Deshalb wäre es ganz gut, wenn die Jugend- und Volkserzieher mehr im Sinne des Jungnidels handelten. An bildlichen Gedichten und schönen Redewendungen hat noch niemand schwer getragen. Und echter, rechter Idealismus, der in allen Lebenslagen Stand hält, kommt nur aus religiöser Grundlage. Ich könnte es mit Beispielen belegen, wenn es nicht zu weit führte, daß mancher sich schon in Not und Verlassenheit sich eines Spruches oder Liedes erinnert und sich dran aufrechtete, den er in seiner Jugend gelernt hatte, aber schon längst vergessen glaubte, in der Not aber auflandete wie ein Stern in dunkler Nacht.

Franz Jilka.

*) Nr. 89 und 102 des „Karlsruher Tagblatt“, das die Erörterung hiermit schließt.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Internationaler Wirtschaftskongreß.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrage des Sektionschefs im Staatsamt für Handel, Riedel-Wien über die wirtschaftliche Lage Deutsch-Oesterreichs. Unter stürmischem, langanhaltendem Beifall führte er u. a. aus, daß die österreichische Frage in der Hauptsache eine Wiener Frage sei. Das zwei Millionen zählende Wien könne nur bestehen bleiben in der großen Gemeinschaft des deutschen Volkes. Es gebe daher für die österreichische Frage nur eine Lösung: den Anschluß an das Deutsche Reich. Dieser sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit und das gute nationale Recht der Oesterreicher. Exzellenz Lusensky vom Handelsvertragsverein legte das Bekenntnis ab, daß Deutschland das weitestgehende Verständnis für die Lage Oesterreichs habe. Man werde es auch an Opfern nicht fehlen lassen, wenn es gelte, unser Brudervolk dem Deutschland zu erhalten. Es würde das Bestreben Deutschlands sein, den Anschlußgedanken zu fördern.

Nach einem Referat von Syndikus Professor Dr. Trumpler-Frankfurt a. M. und mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen von Geheimrat Rieder wurde der Kongreß beauftragt, eine internationale Vereinigung der Kaufmannschaft zu bilden, die den Namen Internationaler Wirtschaftskongreß führen soll.

Otto Haß-Berlin sprach dann über die internationale Regelung der Kohlenwirtschaft und schilderte die Ursachen der außerordentlichen Kohlenknappheit der ganzen Welt. Abhilfe könne geschaffen werden durch eine technische Verbesserung der Produktionsstätten. Mit internationaler Kraft müßten die nordfranzösischen Kohlengruben schleunigst wieder in Stand gesetzt werden. Die Belegschaften müßten durch bessere Ernährung leistungsfähig gemacht und ihre Zahl erhöht werden. Um aber die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllen zu können, sei es in erster Linie nötig, uns leben zu lassen.

Legien-Berlin berichtete über die internationale Regelung des Arbeitsvertrages. Der Friedensvertrag von Versailles biete keine genügende Grundlage für die internationale Regelung des Arbeitsvertrages. Hier müßten die Gewerkschaften eingreifen, vornehmlich in Deutschland müsse man dafür die ganze Kraft einsetzen.

Der Vorsitzende, Konsul Kotzenberg, schloß hierauf die zweiteilige Tagung mit Worten des Dankes an die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Teilnehmer.

Als offizielle Delegierte nehmen teil für das Reichs-Wirtschaftsministerium Unterstaatssekretär Prof. Dr. Hirsch, für den Preuß. Ministerpräsidenten Regierungsrat v. Kameke, für das Reichsarbeitsministerium Kuttig, für das Wohlfahrtsministerium Unterstaatssekretär Graf. Von ausländischen Regierungen nehmen als Delegierte teil Dr. Raffaele Piolotti, Direktor des Handelsministeriums Rom und Generalsekretär Edmondo Valdissera von der Generalkammer Mailand, für die österreichische Regierung Sektionschef Riedel, Hofrat von Tayenthal, Sekretär der Handelskammer Wien, für die Vereinigten Staaten nehmen teil Robert Forbes, für Frankreich M. Lecerf, für die Tschechoslowakei Dr. Stiegl und Dr. Devic, für Rußland Max Brodski, Direktor Friedrich Lapp, v. Bibikoff, v. Uwaroff, für die Niederlande Prof. Sleewyk, Rechtsanwalt Mr. van Wessum, von Safer, Widmond, für Dänemark Direktor Thomsen von der Exportkompanie Kopenhagen, für Finnland Konsul Kavaleff, für die Schweiz Friedrich Lutz, Zürich und Theodor Hesse, Basel. Als Delegierte deutscher Handelskammern, industriellen und sonstigen Verbänden erscheinen Dr. Frentzel, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsrates, und Generalsekretär Dr. Soetbeer, Legationsrat Simons und Geheimrat Schweighofer vom Reichsverband der Deutschen Industrie, ferner Generaldirektor Brückmann, Berlin, Senator Dimpker, Lübeck, Geheimrat Louis Hagen, Köln, Geheimrat Huber vom Landesausschuß preussischer Handelskammern, Staatsminister Dr. von Hentig, Exzellenz von Körner, Kommerzienrat Kaufmann, Stuttgart, Exzellenz Lusensky, Geheimrat Rieder, Professor Rathgen.

Keine Höchstpreise für den Bierausschank.

Wie jüngst schon mitgeteilt, stimmen die in Januar ds. Js. vom Ministerium des Innern festgesetzten Bierausschankpreise nach Erhöhung des Preises für Bier mit einem Stammwürzegehalt bis zu 3,5 v. H. beim Verkauf durch den Hersteller von 61 Mk. für den Hektoliter auf 130 Mk. und der gleichzeitigen Genehmigung eines stärkeren Einfachbieres bis zu 4,5 v. H. Stammwürzegehalt und neuen Verkaufspreis von 180 Mk. nicht mehr. Das Ministerium des Innern hat jedoch bei der letzten Besprechung mit dem parlamentarischen Ernährungsbeirat unterm 23. April erklärt, vor der Festsetzung neuer Preise für den Bierausschank zu-

nächst die Interessenten zu hören, weil die Meinungen darüber im Ernährungsbeirat auseinander gingen. Inzwischen wurde zwischen Vertretern der Brauereien und der Gastwirte über die Ausschankpreise eine Besprechung abgehalten, die jedoch zu keiner Verständigung führte. Daraufhin haben die Vertreter der Gastwirte und der Flaschenbierhändler für sich eine Besprechung abgehalten, in der beschlossen wurde, durch eine besondere Abordnung dem Ministerium des Innern die Wünsche der Wirte und Flaschenbierhändler vorzutragen zu lassen. Es wurde zunächst gebeten, von der Festsetzung von Höchstpreisen für den Bierausschank abzusehen, wie dies auch in Preußen und Bayern geschehen sei, und die Festsetzung der Ausschankpreise einer Vereinbarung zwischen den Brauereien und Gastwirten zu überlassen. Es soll nur die Herstellung von Einfachbier mit einem Stammwürzegehalt bis zu 3,5 Proz. zu einem Herstellerpreis von 130 Mk. für den Hektoliter gestattet sein. Zu dem für alle Abnehmer gleichen Herstellerpreis dürfen Zufuhrkosten nur bei besonders schwierigem Zufuhrwege (also nach hochgelegenen Gebirgsorten oder Kurorten) berechnet werden. Als Ausschankpreise wollen die Wirte im Hinblick auf ihre hohen Geschäftskosten die Gestehungskosten des Bieres (Herstellerpreis zuzüglich etwaiger Zufuhrkosten) um 100 Proz. erhöhen, so daß ein Glas Bier zu drei Zehntel Liter auf 80 Pfg. käme. Auf Vortrag dieser Wünsche am 29. April hat das Ministerium des Innern der Abordnung in Aussicht gestellt, von der Festsetzung von Höchstpreisen abzusehen, falls der parlamentarische Ernährungsbeirat damit einverstanden sei, und bald darauf ging beim Bad. Gastwirtsverband die Nachricht ein, daß die Regierung Ausschank- und Verkaufspreise für Bier nicht festsetzen werde.

Die Lage am Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 3. Mai. Hält man Umschau am Markte, so läßt sich nicht mehr verkennen, daß eine augenfällig mattere Tendenz im Geschäft Fuß gefaßt hat, ein Umschlag, wie er kommen mußte, nachdem der Preisbogen allzu straff gespannt war und in der Zwischenzeit noch andere Umstände dazu kamen, die den weiteren Aufkauf doch etwas zu riskant erscheinen ließen. So war denn auch in der letzten Woche fast gar keine Nachfrage und nur ein schwaches Marktgeschäft festzustellen. Von 1919er Hopfen wechselten nur zehn Ballen zu 5500 Mk. den Eigner. Auch für ältere Jahrgänge bestand fast gar keine Nachfrage. Ein Posten ganz alter Hopfen (ungefähr 100 Ztr.) wurde zwischen 450 und 500 Mk. per Zentner abgegeben. Die Notierungen sind noch unverändert und bewegen sich für prima Sorten zwischen 5500 Mk. und 5800 Mk., für mittel zwischen 4500 Mk. und 5300 Mk. Marktstimmung sehr ruhig.

Die ausländischen Märkte melden ebenfalls größte Ruhe und Zurückhaltung. Nach den übereinstimmenden Berichten aus den Hopfenanbaugebieten zeigt besonders Fröhopsien in diesem Jahre ein außerordentlich starkes Wachstum, so daß er schon an die Stangen angeleitet werden muß.

Banken.

Generalversammlung der Vereinsbank Weinheim. Der Geschäftsbericht wurde beifällig zur Kenntnis genommen. Der Verteilung des Reingewinnes von 106 051 Mk. wurde nach den Vorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat zugestimmt. Danach kommt eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung (gegen bisher 7 Proz.).

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 3. Mai. Aus Mangel an anregenden Momenten war das Geschäft wieder sehr bescheiden, doch trug die Grundtendenz ein festes Gepräge. In Betracht kamen zunächst bei Beginn Canada, die sich unter Schwankungen wieder abschwächten. Auch in Kolonialpapieren war feste Tendenz vorherrschend, die jedoch in der Hauptsache auf deutsche Kolonialanteile, die 10 300, Südsee Phosphat, die 2850 umgingen, sich beschränkten. Otavi Minen gefragt und höher, Schantungbahn erzielten bei einigem Geschäft etwa 10 Proz. Kurserhöhung. In Betracht kamen wieder Industriaktien, deren Auswahl sich aber nur auf einzelne Sonderpapiere beschränkte. So gingen wieder Bad. Anilin, Elektro Griesheim, Theodor Goldschmidt bei fester Tendenz um, Scheideanstalt und Farbwerke Höchst fanden lebhaft Beachtung, Schuckert und A. E. G. gut behauptet, Deutsch Uebersee etwas fester. Gut gehalten waren auch Schiffahrtsaktien, Hapag blieben gesuchter. Zu etwas lebhafteren Umsätzen kam es in Deutsch Luxemburg. Ferner verbesserten Oberbedarf um 4 Proz., Harpener um 3 Proz., Gelsenkirchen um 2 Proz. ihren Kursstand. Im freien Verkehr wurden Julius Sichel mit 1560 bis 1550, Deutsch Erdöl

mit 802 umgesetzt. Am Rentenmarkt kam es sowohl in deutschen als auch in ausländischen Renten nur zu geringen Umsätzen, wobei die Kursveränderungen unbedeutend blieben. Schwach waren Sproz. Silbermexikaner. Der Schluß gestaltete sich ruhig. Adlerwerke Kleyer etwas fester, 265-269, Daimler notierten schwächer. Privatdiskont 4 1/2 Proz.

Frankfurter Kursnotierungen.

30. April 3. Mai		30. April 3. Mai	
Deutsche Bank	211-212	Chem. Fab. Mannh.	588,50 588-
Darmstadt. Bank	188-188	Dout. Debrasse	1090-1108-
Deutsche Bank	308-	Gebr. Langhaus	---
Disk. Kommandit	215-215	Adler & Oppen.	---
Dresdener Bank	183,60 185-	B. Masch. Badenia	---
Oesterr. Länderb.	38-36	Mechfab. Durlach	339-
Rhein. Creditbank	139,50 139,90	Mechfab. Gritzner	347-340-
Schaaffh. Bank	---	Haid & Neu	---
Süd. Disk. Ges.	188,25 189-	Mechfab. Karlsru.	269-270-
Wiener Bankver.	72-75	Schlick & Co.	---
Ottomanbank	---	Obernursal	---
Bochumer Gußst.	320-323-	Eis. Bannweil	---
Gelsenkirchen	305-312-	Silmerei Eitling.	---
Harpener	294,50 297-	Uhrfabr. Purv.	---
Leunachit	290-295-	Wagg. Fab. Fuchs	380-385-
Mannh. Vers. Ges.	---	Zellstoff Waldf.	395-390-
Aschaff. Zellstoff	595-620-	Zuckerfab. Wagh.	380-379-
Grün & Bilfinger	---	Zuckerf. Frankent	400-390-
Zementw. Heideb.	219,80 225-		

Berliner Börse.

W. Berlin, 3. Mai. In der geschäftlichen Zurückhaltung trat auch zu Wochenbeginn keine Veränderung ein, doch ist die Börsentendenz als fest zu bezeichnen. Größeres Interesse bestand zeitweise für Canada Pacific und infolge dessen auch für einige andere ausländische Werte im Zusammenhang von Gerüchten, wonach die früher feindlichen Staaten gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Lieferbarkeit dieser Werte an den Auslandsbörsen zugetehen wollen. Für Kolonialwerte erhielt sich das Interesse bei mäßig anziehenden Kursen. Lebhaft gehandelt, stärker gesteigert wurden nur Otavi, South West und zeitweise Neu-Guinea. An den übrigen Marktgebieten war die Kursveränderung eng begrenzt. Doch überwogen Besserungen, besonders für Schiffahrts-, Farb- und Elektroaktien, darüber hinaus gingen sie nur bei Hansa, Berliner Anilin, Höchster Farben, Deutsch Uebersee Electric und Felten und Guilleaume über 10 Proz. Kali, Petroleum und Bankaktien waren überwiegend fest. Der Rentenmarkt still und wenig verändert. Anatolier und Mexikaner etwas fester. Devisen waren in der Vorkursstellung zu leicht nachgebenden Preisen gehandelt; später erliefen die Kurse an der Börse nur geringe, meist nach oben gerichtete Veränderungen.

Berliner Kursnotierungen.

30. April 3. Mai		30. April 3. Mai	
Schantungsh.	521-	Genschow	311,25 319-
Gr. Bl. Straßeb.	127,50 130-	Goldschmidt	225-225-
Comhard	415-	Hansa. Maschinen	381-385-
Prinz Heinrich	590-590-	Hansa. Wagg.	395-420-
Orientalb.	226-226-	Harpener	295-300-
Arge Schiffahr.	657-658-	Hausmann	600-600-
Deutsch. Anst.	292,75 295-	Hirsch Kupfer	302,75 309,50
Hamb. Faktorb.	188,50 191,50	Höchst Farben	394-399,50
Hamb. Süd.	271-272-	Hösch Eisen	339,50 339,50
Hansa Schiffahr.	359,25 368-	Leunachit	189,75 188,75
Leunachit	290-295-	Kali. Ascherbach	420-420-
Ber. Handelsb.	200-200-	Kell. Cellulose	290-295-
Deutsche Bank	308-310-	Kyminnen	201-215-
Disk. Kommandit	217,50 217-	Lamayer G.	230,25 230-
Dresdener Bank	184,25 187-	Mannesmann	280,25 270-
Adlerwerke	278-275-	Lüde Eisenm.	275-292-
Reichsbank	187-186-	Ludwig Löwe	298-300-
Einser Brauerei	254-	Loth. Zement	285-291-
Accumulatoren	470-530-	Orenat. & Koppel	418-418,75
A. E. G.	334,50 337-	Oberr. Eisenb.	210-221-
Aluminium	---	Ober Eisenm.	271-274,50
Anglo Cont.	283,50 289,25	Ober Kolwerke	408-408-
Angsb. Nimb.	270-270,50	Orenat. & Koppel	285-291-
Bad. Anilin	540-533-	Polsterberg	450-450,25
Bergmann Elektr.	241-248,75	Rheinolden	---
Berl. Maschinen	323,75 327-	Rhein. Metall	284-290-
Blg. Nürnberg	284-320-	Rhein. Stahl	225-234-
Bochum Guß	328,25 329,75	Rombacher Hütte	289,75 287,50
Bochumer Guß	328,25 329,75	Rüttgerswerke	240-249-
Gebr. Bühler	298-300,50	Sachsenwerke	354-350-
Brown-Boveri	1150-1170-	Schmiedt & Co.	199,50 199,50
Düsseld. Eisen	328-340-	Siemens Alkali	315-327-
Chem. Griesheim	318-324,75	Stettiner Vulkan	240,25 243,50
Chem. Albert	600-620-	Stollberger Zink	274,50 290-
Daimler Motoren	284,75 283,50	Türk. Tabak	623-
Dessauer Gas	158-160-	Ver. Köln-Hohw.	305-309,75
Deutsch-Luxemb.	316,50 321,50	Ver. D. Reichl	389,25 385-
D. Ueberr. Elektr.	1080-1105-	Ver. Glanzstoff	---
D. Eisenb. S. W.	---	Ver. Stahl Zypern	702-717-
Deutsch Erdöl	795-803-	Wasser. Fährd.	498-500-
D. Gasföhricht	5200-	Westerr. Alkali	740,25 744-
Deutsches Kali	440-435,50	Zellstoff Waldf.	387,25 284,50
Deutsche Walfen	410-420-	Otavi Minen	665-669-
Deutsches Eisen	249,75 250-	Otavi Bonab.	645-649-
Dynamit Nobel	247,25 250-	Pennant	13100-13000-
Elektro Griesheim	440-434-	Baltimore	300-315-
Eschweil. Bergw.	308-312-	Canada	930-1050-
Felton & Gaill.	475-500-	South West	---
Gogswan	315-220-	Stons Roman	1610-
Gommandit	290-292-	Deutsche Petrol	710-716-
Gelsenkirchen	305,50 315-	Feldmühle	412-418-

Vom Devisenmarkt.

w. Frankfurt, 3. Mai.		3. Mai.	
Antwerpen-Brüssel	367,50 368,50	Geld Brief	364,50 365,50
Holland	2080-2085-	London	2075-2080-
London	221,20 221,80	Paris	219,20 219,80
Paris	343,50 344,50	Spanien	304,75 304,50
Schweden	1018,75 1025,25	Skandinavien	1014,75 1017,25
Spanien	---	Italien	---
Italien	289,50 290,50	Lissabon	---
Lissabon	---	Japan	---
Japan	994,50 998-	Norwegen	---
Norwegen	---	Schweden	---
Schweden	1223,75 1231,25	Schweiz	---
Schweiz	---	Neuseeland	---
Neuseeland	---	Nyork	---
Nyork	---	Wien (alle)	---
Wien (alle)	---	Deutsch-Oesterreich	---
Deutsch-Oesterreich	---	Budapest	---
Budapest	---	rag	---

w. Berlin, 3. Mai.		3. Mai.	
Amsterdam-Rotterdam	2082,75 2087,25	Geld Brief	2072,75 2077,25
Brüssel-Antwerpen	369,50 370,43	Christiana	394,60 395,49
Christiana	1093,75 1095,75	Kopenhagen	959-961-
Kopenhagen	974-978-	Stockholm	393,20 392,80
Stockholm	1228,25 1228,75	Helsingfors	393,20 392,80
Helsingfors	297,20 297,80	London	218,75 219,25
London	222,25 222,75	Newyork	67,10 67,10
Newyork	67,10 67,10	Paris	344,60 345,49
Paris	1021,25 1023,75	Schweden	1014-1016-
Schweden	974-978-	Wien (alten)	964-965-
Wien (alten)	20,98 21,02	Wien (Oesterr. abg.)	27,22 27,28
Wien (Oesterr. abg.)	27,22 27,28	Prag	89,40 89,60
Prag	89,40 89,60	Budapest	25,47 25,53
Budapest	25,47 25,53		

w. Zürich, 3. Mai.		3. Mai.	
Deutschland	9,80 9,85	italien	23,30 23,40
Wien	2,75 2,75	Brüssel	36,10 36,10
Prag	8,85 8,75	Kopenhagen	96,50 96-
Holland	205,25 205-	Christiana	120,50 120-
Newyork	682-583	Osaka	108,50 108,50
London	21,63 21,62	Sankt Petersburg	95,75 95,50
Paris	33,80 33,80	Wien	241-243-

Sport / Spiel / Turnen.

Die Pianomannschaft von Weierheim spielte am vorletzten Sonntag in Heilbronn gegen Raftenpfeiler und konnte nach überlegenem Spiel mit 3:1 Toren gewinnen. Am 1. Mai spielte die Mannschaft mit Erich v. Forbach gegen Raftenpfeiler und erzielte ein unentschiedenes Resultat 2:2. Die 2. Mannschaft unternahm in Mühlacker gegen Raftenpfeiler mit 4:1 Toren. Die 3. und 4. Mannschaft gewann gegen Viktoria Mühlacker 1. und 2. mit 3:2 und 4:1 Toren. Die 5te Herrenmannschaft, die seit längerer Zeit wieder auf dem Plan getreten ist, konnte in Baden-Baden gegen Sportverein mit 3:2 Toren gewinnen.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 4. Mai 1920.
Bad. Landestheater. Der Schmied von Rühla, abends 7 Uhr.
Städt. Konzerthaus. Als ich noch im Säbelfeide, abends 7 Uhr.
Eintracht 4. Kammermusikabend. Hof-Quartett aus Wien, abends 8 Uhr.
Allg. Deutscher Sprachverein. Vortrag im großen Rathsaal, abends 8 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.
Beobachtungen vom Montag, 3. Mai 1920 8 Uhr morgens (M. G. S.)

Ort	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Relativfeuchtigkeit	
Hamburg	750,0	12	SW	mäßig bedeckt	1
Königsberg	750,0	19	SW	mäßig wolfl.	0
Berlin	762,7	12	SW	mäßig wolfl.	2
Frankfurt	763,2	17	SW	mäßig bedeckt	3
München	763,2	17	SW	mäßig bedeckt	3
Wien	765,2	9	SW	mäßig bedeckt	5
Paris	764,0	15	SW	mäßig bedeckt	0
Zürich	761,6	17	SW	mäßig bedeckt	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7 Uhr morgens)

Ort	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Relativfeuchtigkeit
Heidelberghof (Schw.)	Seehöhe 1281 m			
Königsplatz	Seehöhe 363 m			
St. Blasien	Seehöhe 780 m			
Baden-Baden	Seehöhe 213 m			

Allgemeine Witterungsübersicht.

Während der Nacht ist am Südrande eines großen über dem nordwestlichen Meere lagernden Tiefdruckgebietes ein kräftiger Aufwind aufwärts über Deutschland gezogen und hat Gewitter über meist nur mit leichten Regenfällen und Abkühlung bis zur Erde gebracht. Deutlich der Erde dauert heute morgen das sehr warme Wetter an. Da jetzt wieder hoher Druck vor Frankreich her vorrückt, ist aufflarendes Wetter zu erwarten.

Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, den 4. Mai, nachts: Aufsteigend, trocken, wärmer.

Rhein-Wetterstände morgens 6 Uhr:

Ort	Wetter	Temperatur
Schweinfurt	1,74 m	1,80
Heilbronn	2,65 m	2,70
Wiesbaden	4,45 m	4,45
Karlsruhe	---	---
Heidelberg	3,47 m	3,50

Phorosan-Heilinstitut

für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91 III.

Aerztliche Leitung: Dr. med. v. Asten.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung - ohne Berufsstörung - in kürzester Zeit möglic.
Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen, insbesondere der Bartflechte.

Sprechstunden: Werktags 11-12 Uhr, 6 Uhr.
Dienstag keine Sprechstunde. Sonntags 10-1 Uhr.
Getrennte Wartezimmer.

liefert rasch u. preiswert
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Schreibmaschinen

sämtl. Systeme und Tastaturen
Ausstellung u. Verkauf
Frankfurt a. M. Hotel „Prinz Heinrich“.

Drehstrommotore.

Stück	PS	120/200 Volt	1420 u. 1420 Rev. Min.	Preis
4	1 1/2	120/200	1420 u. 1420	2650
1	1 1/2	120/200	1400 n. Rev.	3100
1	1 1/2	120/215	1430 n. "	3200
1	1	2-0/380	1420 n. "	2400
1	2,3	220/380	1420 n. "	4200
1	10	220		

